

Marktanalyse 2016 – Zentrale Fragen und Antworten, die auch Ihren Anlageerfolg betreffen

Im Zentrum unserer Analyse steht die anhaltende Niedrigzinspolitik, die inzwischen immer nachhaltiger in den negativen Zinsbereich abdriftet, was nicht nur Stiftungen bei der Erfüllung ihres Stiftungszweckes große Sorgen bereitet.

Weitere Fragen drängen auf Antworten:

- Flüchtlingskrise, unkontrollierte Einwanderung, Ursachenforschung?
- Die Souveränität Deutschlands – Oder warum die Regierungspolitik so ist wie sie ist?
- Wie unterscheiden sich Kaufkraft, Löhne und Preise weltweit?
- Was unterscheidet Deutschland und die Schweiz?
- Haushaltspolitik, Eurokrise, Währungskrieg - Wann fallen die weltweit aufgetürmten Staatsschulden in sich zusammen?
- Wie lange kann die negative Zinsentwicklung anhalten?
- Bargeldabschaffung, Bargeldverbot – Wofür?
- Realitätsverweigerung der internationalen Notenbanken?
- Wie ist der Schuldenabbau in Griechenland vorangeschritten?
- Wie werden die Briten im Juni über ihren Verbleib in der EU entscheiden?
- Welches sind die von den Notenbanken größten geschaffenen Blasen auf dem Kapitalmarkt?
- Wer wird die Notenbanken retten, wenn selbst sie in Schieflage geraten?
- Wie entwickeln sich die Währungen, die Immobilien-, Aktien-, Anleihe-, Rohstoff- und Edelmetallpreise?
- Wie ist eine attraktive und stabile Wertentwicklung noch zu erzielen?
- Wie ist mit dem Zinsänderungsrisiko und damit verbundenen Kursverlusten umzugehen?
- Wie verhalten sich die Ausfallwahrscheinlichkeiten im Verhältnis zur Laufzeit und dem Rating?
- Wie kann das Risiko reduziert werden?
- Wie ist mit den zunehmenden Volatilitäten (Wertschwankungen) umzugehen?
- Wie muss heute eine breit diversifizierte Vermögensstruktur aussehen?

Bestandsaufnahme

Die nächste Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten zum 1. Juli 2016 auf 9.336 Euro monatlich, was einer durchschnittlichen Lohnsteigerung von 4 Prozent jährlich etwa entspricht, steht an. **Zu Recht? Wohl kaum!** Wir müssen nämlich auf eine an sich unvorstellbare Entwicklung zurückblicken, die unsere Politiker zu verantworten haben. **Ich nehme es vorweg, unsere heutige Ausgangslage ist wesentlich prekärer als vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008: Die Industrieproduktion der meisten Länder in der Eurozone hat das Niveau von 2008 immer noch nicht wieder erreicht. Ganz im Gegenteil – Frankreich liegt immer noch mit 10 Prozent, Spanien und Italien liegen sogar mit 25 Prozent, unter dem Niveau von 2008.** Allein die Entwicklung der letzten zwei Jahre ist atemberaubend und

alarmierend zugleich! Womit wir uns heute konfrontiert sehen, wurde vor ein paar Jahren noch als Science-Fiction und im besten Falle als Verschwörungstheorie abgewertet. **Die EZB hat in den vergangenen zwei Jahren etwa 800 Milliarden Euro neues Geld gedruckt, was den Euro im Verhältnis zum US-Dollar um 20 Prozent abwertete. Reisen in Nicht-Euro-Länder werden damit teurer.** An anderer Stelle bewegt sich in der EU nichts - Stillstand: Die 28 EU-Länder haben ein gemeinsames Parlament, eine gemeinsame Währung, auf der anderen Seite unterhalten sie immer noch 25 unterschiedliche Armeen. Der Geist einer neuen Zusammengehörigkeit sieht anders aus.

In Ostdeutschland gab es bis 1990 über 4 Mio. Beschäftigte in der Industrie, diese Zahl ist bis heute auf 900.000 geschrumpft. Der Lebensstandard in Ostdeutschland hat inzwischen 90 Prozent des Westniveaus erreicht. Allerdings liegt die private Wirtschaftsleistung je Kopf bei nur 61 Prozent des westdeutschen Niveaus. Deutschland ist nach wie vor eine Transferunion.

Seit Januar 2014 ist die Verzinsung 10-jähriger Bundesanleihen um über 80 Prozent auf aktuell 0,2 Prozent gefallen. Vor Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 bekamen wir für zehnjährige Staatsanleihen noch mehr als 4 Prozent. Jetzt konnten deutsche Staatsanleihen mit einer Laufzeit von 30 Jahren (!!!) mit einer Durchschnittsrendite von jährlich 0,94 Prozent verkauft werden. Wir haben einen negativen Einlagenzins, negative Guthabenzinsen, negative Darlehenszinsen. Wir reden über Bargeldabschaffung und Bargeldverbot. Klaus Kleber vom ZDF versucht uns RFID-Implantate für die totale Bürgerüberwachung schmackhaft zu machen. Weitere Themen überrollen uns, insbesondere TTIP und die Flüchtlingskrise. **Die Geschwindigkeiten der jüngsten Entwicklungen sind nicht nur beeindruckend, sie sind beängstigend.**

Inzwischen sehen wir bei deutschen Bundesanleihen eine negative Verzinsung bei Laufzeiten bis zu 8 Jahren (in unserer Analyse aus dem letzten Jahr reichte die negative Verzinsung noch bis ins 6. Jahr)! Der Darlehensnehmer wird für die Kreditaufnahme mit Zinsen belohnt und wer heute mit Zinsanlagen sparen will, ist bald arm, die Altersversorgung verdampft zunehmend!!! Versicherer und Versicherte werden sich auf eine langanhaltende Niedrigzinsphase einstellen müssen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ersten Versicherer in die Knie gehen. Eine erste Versicherung in der Schweiz hat bereits den Anfang gemacht. In Deutschland sind mehrere Lebensversicherer aufgrund ihrer nachlassenden Bonität herabgestuft worden. **Der Zins ist als Risikoprämie mit der aktuellen Zinspolitik außer Kraft gesetzt worden, die Zinsentwicklung führt schon jetzt zu teils massiven Fehlanreizen, Fehlentscheidungen und zu Fehlentwicklungen bei diversen Investments.**

10. März 2016 - Ein historischer Tag für alle Sparer

Der 10. März 2016 war ein historischer Tag für alle Sparer in Europa. Der Tag dürfte nicht nur das Ende der kostenlosen Kontoführung eingeläutet haben. **Die europäische Zentralbank senkte den Leitzins auf 0,0 Prozent.** Das monatliche Anleiheaufkaufprogramm der EZB wurde auf 80 Mrd. Euro aufgestockt und verlängert. **Dabei darf die EZB nur Anleihen eines Landes in Höhe von maximal 33 Prozent aufkaufen, dieser Grenze kommt sie bereits jetzt schon, je nach Land, bedrohlich nahe. Aber wozu Grenzen und Vorschriften, wenn man diese doch, wie es die Vergangenheit bewiesen hat, beliebig aushebeln und verändern kann (Soeben**

erfahre ich, dass der EZB-Rat beschlossen hat, die Ankaufobergrenze von 33 auf 50 Prozent zu erhöhen! Keine weiteren Fragen!). Erstmals dürfen auch Unternehmensanleihen durch die EZB aufgekauft werden, womit deren Renditen ebenfalls weiter fallen dürften. Die negativen Einlagenzinsen für die Banken wurden weiter erhöht. **Die Aktienmärkte befinden sich seit dem Jahreswechsel im Krisenmodus.**

Die EZB begründet ihre Zinspolitik mit dem Willen der Konjunkturankurbelung und der Deflationsbekämpfung. Trotz ihrer verursachten Geldschwämme sind ihre Erfolge katastrophal. Mal abgesehen von Deutschland und ein paar weiteren handverlesenen Staaten, ist die Deflation in der restlichen Eurozone inzwischen angekommen, **die Ergebnisse waren diesbezüglich bisher noch nie schlechter.** Es ist absurd, je liquider die Finanzmärkte, desto größer die Deflation. **Die Realwirtschaft steht vor der gefüllten Tränke und scheint zu verdursten.** Was nützt das viele Wasser, wenn die Pferde nicht trinken wollen? Trotzdem verfolgt die EZB weiterhin ihr Prinzip der Hoffnung und setzt dabei auf sinkende Kreditkosten für die Realwirtschaft. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass trotz der von der EZB zur Verfügung gestellten Liquidität und der negativen Einlagenzinsen, die Banken ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Die Experten der EZB gehen von einem Wachstum von 1,6 (3,2) Prozent in 2016, 1,7 (3,8) Prozent in 2017 und 1,8 (3,9) Prozent in 2018 im Euro-Währungsgebiet aus (in Klammern steht das weitweite BIP ohne Eurogebiet). Die Inflationsraten im Euro-Währungsgebiet sollen sich gemäß EZB folgendermaßen entwickeln: 0,1 für 2016, 1,3 für 2017 und 1,6 Prozent für 2018. **Inwiefern hier ein Wunschdenken bei der EZB mit eine Rolle spielt, wird die Zukunft zeigen. Tatsächlich liegt die Inflationsrate aktuell bei minus 0,2 Prozent in der Euro-Zone.**

Das Dilemma in der Europäischen Union ist, dass es nur noch eine Geldpolitik für unterschiedliche Konjunkturphasen gibt. Die Dosierung für das betreffende Land bleibt gleich, egal ob es sich in einer Rezession oder in einer Boomphase befindet, denn nicht mehr die nationale Notenbank entscheidet über die Zinspolitik. Erschwerend kommt hinzu, dass die jeweiligen Amtsinhaber der Europapolitik die nationalen Interessen ihrer Herkunftsländer im Fokus haben. **Der deutsche Staat muss zusätzlich in erheblichem Maß haften, wenn es bei den von der EZB aufgekauften Papieren zu Ausfällen kommen wird.** Damit steigt die Staatsverschuldung, ohne dass der deutsche Finanzminister oder das Parlament dies in irgendeiner Form beeinflussen können. Eine Exit-Strategie hat weder die EZB, noch die Politiker in Brüssel, geschweige denn unsere Politiker in Berlin.

Die Irrsinnigkeit der Sparer-Bekämpfung, bloß um Wachstum zu erzeugen, tritt deutlich zutage, wenn man sich die Konsequenzen, die sich aus der demographischen Entwicklung, **der abschmelzenden Altersversorgung,** der ausufernden Verschuldung, der Flüchtlingskrise und der vielen anderen Baustellen, die auf uns zukommen, vor Augen führt. **Anstatt zu konsumieren, als ob es kein Morgen gäbe, müssten wir Vorsorge treffen, denn es rollt ein Tsunami auf uns zu, vor dem wir uns nur dann schützen können, wenn wir auf finanziellen Schutz, auf finanzielle Reserven zurückgreifen können.**

Wir müssen uns mit unserem Wirtschafts- und Zinseszinsystem ernsthaft auseinandersetzen. Unbegrenzttes Wachstum kann es bei begrenzten Ressourcen nicht geben. Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen und dabei feststellen, dass wir die Berge

der Verschuldung nicht ohne Schmerzen und Entbehrungen abbauen können. **Um Ihnen die Betrügereien der Politiker deutlich zu machen, schauen Sie sich nur folgende Zinseszinsrechnung an:** Hätten Sie im Jahr Null, zu Christi Geburt, nur einen Cent, der jährlich mit 4 Prozent verzinst wird, angelegt, so hätten Sie heute 855 Erdkugeln (885 Erdmassen) aus purem Gold auf der hohen Kante. Spätestens jetzt sollte jedem klar sein, wie widersinnig unser Wirtschafts- und Zinseszinssystem ist.

Im Ergebnis werden die deutschen Sparguthaben, die Altersversorgung und das Finanzsystem insgesamt dem kurzfristigen Erfolg geopfert. Zugunsten der Steigerung der nächsten Quartalsergebnisse der Konzerne, denn ohne Wachstum würde unser Zinseszinssystem kollabieren, denn die Kredite, die Kreditzinsen können nicht mehr bedient werden. **Der Mensch ist die einzige Gattung, die auf Wachstum gebürstet ist und die daran glaubt, dass Bäume in den Himmel wachsen können.** Solange wir unser Zinseszinssystem, dass ohne Wachstum nicht leben kann, nicht reformieren, wird sich die Katze immer wieder erneut in den eigenen Schwanz beißen.

Auch die jüngste geldpolitische Angebotsverbesserung der EZB wird wie bisher, nur schwer zu einem nachhaltigen Konjunkturaufschwung in der Eurozone führen. Die Banken sind, aufgrund der neuen geltenden Regulierungs- und Eigenkapitalvorschriften, nach wie vor mit der Bereinigung ihrer Bilanzen beschäftigt. Sie arbeiten auf der einen Seite ihre faulen Kredite ab und auf der anderen Seite bauen sie ihr Eigenkapital aus. **Die Politiker denken nicht einmal an Reformen, was letztendlich die Unternehmen und Konsumenten weiter verunsichert.** Stattdessen halten sie sich mit Investitionen zurück und bauen ihre Risikovorsorge weiter aus. Jeder der verunsichert und/oder verschuldet ist, denkt nicht daran, sich weiter zu verschulden. **Das Helikopter-Geld der EZB führt letztendlich nur zur Daueralimentierung, die allen Reformen und jeder persönlichen Anstrengung entgegenwirkt und damit das Leistungsprinzip ausschaltet.**

Auch ihrem inoffiziellen Ziel, der Euro-Schwächung, kommt die EZB nicht wesentlich näher. Die EZB befindet sich mit den anderen wichtigen Notenbanken in einem Währungskrieg, sie überbieten sich gegenseitig bei ihrem Ziel ihre Währungen zu schwächen. Im Verhältnis zum US-Dollar kommt weiter erschwerend hinzu, dass sich die US-Notenbank von ihrer erst im letzten Jahr eingeführten Leitzinswende bereits schon wieder verabschiedet. **Die US-Wirtschaft schwächelt schon wieder, was einer weiteren Zinsanhebung entgegensteht.** Die Investitionsneigung in den USA verliert deutlich an Fahrt und auch der Restaurant-Performance-Index, der die Neigung der Amerikaner auswärts essen zu gehen misst, ist ein weiterer Indikator, der auf eine nachhaltige US-Konsumentenschwäche hinweist. **Die Investitionsschwäche in den Schwellenländern ist ebenso unverkennbar. Schlussendlich kann sich auch Deutschland dieser Konjunkturreintrübung nicht entziehen. Keine guten Nachrichten für die weltweiten Aktienmärkte, wenn die Gewinne der Unternehmen einbrechen, was zwangsläufig Kurseinbrüche an den Aktienmärkten nach sich zieht.**

Die Inflation wird auch in Zukunft weltweit gedämpft bleiben. Das liegt vor allem an den weltweit zunehmenden Produktionsstätten, die um die weniger stark steigende Konsumentennachfrage konkurrieren. Letztendlich führt technischer Fortschritt auch zu Produktionssteigerungen, was tendenziell eher zu einem Abbau der Arbeitsplätze führt, was wiederum die Kaufkraft konterkariert. Ein Angebotsüberhang im Verhältnis zur Nachfrage

steht der Durchsetzung von Preissteigerungen entgegen, was eher deflationär wirkt. **Eine ausführliche Betrachtung der Deflations- und Inflationserwartungen** finden Sie in der zuletzt aktualisierten Analyse: <http://www.kolodzik.de/de/newsletter/2013/vier-szenarien/vier-szenarien-komplett.html>

Die Souveränität von Deutschland und der Schweiz, deren Auswirkungen und Vergleiche, die sich lohnen

Der Vermögenseffekt auf den Aktienmärkten greift ebenfalls kaum, denn nur eine kleine Minderheit ist überhaupt im Besitz von Aktien. **So befinden sich beispielsweise 85 Prozent der Aktien der DAX-Werte (Deutscher Aktienindex) in ausländischem Besitz. Die Mehrheit der Anteilsinhaber sitzt in Nordamerika, damit haben die Amerikaner ein doppelt so hohes Stimmengewicht in den deutschen Konzernen (30 Prozent) im Vergleich zu den deutschen Aktienbesitzern (bei Berücksichtigung der privaten und institutionellen deutschen Anteilseigner!).** Unter diesem Aspekt lässt sich auch die Frage beantworten, warum die deutsche Regierungspolitik sich so weit von den deutschen Interessen entfernt hat und der BDI (Bund der deutschen Industrie), im Gegensatz zum deutschen Mittelstand, der sich noch mehrheitlich in deutschen Händen befindet, so vehement für das TTIP-Abkommen mit den Amerikanern ist. Parteispenden machen es möglich. **Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich sing!**

Wäre Deutschland ein souveräner Staat, wären die Deutschen die Herren in ihrem eigenen Land und hätten die Hosen an. **Es würde Volksabstimmungen, wie in der Schweiz, geben.** Im Übrigen müssen wir uns auch mit der Schweiz vergleichen, wenn es um Wirtschaftskraft, Lebensqualität und Demokratie geht. Im Ergebnis ist uns die Schweiz nicht nur in Sachen Demokratie (Stichwort: Volksabstimmungen) meilenweit voraus. **Gäbe es in Deutschland Volksabstimmungen, würde sich eine Bargeldabschaffung nicht durchsetzen lassen.**

Das Wirtschaftswachstum ist in der Schweiz meistens kaum höher als in Deutschland, trotzdem gibt es eklatante Unterschiede bei der Kaufkraft: So lag die Kaufkraft im Jahr 2000 in der Schweiz noch um 56 Prozent über der Kaufkraft der Deutschen. **15 Jahre später übersteigt die Kaufkraft der Schweizer die Kaufkraft der Deutschen bereits um 103 Prozent.** Im Ergebnis muss beispielsweise ein Schweizer, um sich ein neues iPhone kaufen zu können, **nur 20,6 Stunden** dafür arbeiten gehen, **sein deutscher Kollege muss dagegen ganze 43,3 Stunden** schuften, und das, obwohl sich die Arbeitsleistung, die Produktqualität, die Ausbildung und die Innovationen der Deutschen und Schweizer kaum unterscheiden. **Wo liegt der kriegsentscheidende Unterschied? Die Schweizer sind frei, sie sind souverän, sie sind selbstbestimmt und sie werden dadurch weniger gemolken. Die aktuelle Studie der UBS zur Entwicklung der weltweiten Löhne und Preise im Vergleich stelle ich Ihnen auf Anfrage gern zur Verfügung.**

China, Japan, Großbritannien & Griechenland

In China ist die letzten Jahre unglaublich viel investiert worden. Nicht nur die Chinesen allein haben mithilfe ihrer Notenbank das Wachstum angekurbelt, China stand auch weltweit bei den Investoren im Fokus. Die aktuellen Probleme, die wir in China zurzeit erleben, sind nicht

ungewöhnlich. **China hat Geld angezogen, sowie sich Motten durch künstliches Licht angezogen fühlen. China hat über Jahre mit atemberaubenden Wachstumszahlen gegläntzt, was naturgemäß über die Jahre erhebliche Fehlanreize geschaffen hat. Was wir jetzt sehen, ist eine folgerichtige Korrektur der bisherigen Übertreibungen. Die Wachstumszahlen, die wir in China in der Vergangenheit gesehen haben, werden wir nie wieder sehen, was auch durchaus gesund ist.** Sie wissen, Bäume können nicht in den Himmel wachsen. Das Problem ist, es lässt sich schwer vorhersagen, wann die geschaffenen Überkapazitäten abgebaut werden und wann der chinesische Binnenkonsum die entstandene Lücke, zumindest teilweise, auffüllen wird. Jetzt werden erst einmal allein in der Stahlindustrie über 1.8 Mio. Arbeiter entlassen um die Überkapazitäten abzubauen. **Auch wenn die Kreditausfallprämien inzwischen wieder deutlich nachgegeben haben, ist China nur für die Investoren interessant, die einen Mindestanlagehorizont von 10 Jahren haben. Nur ein langer Anlagezeitraum selbst kann die vorhandenen Risiken kompensieren.**

Die japanische Notenbank finanziert inzwischen mithilfe ihrer Notenpresse den japanischen Staat und seine Neuverschuldung komplett. Es will einfach nicht das gewünschte Wachstum und die gewünschte Inflation zu Stande kommen. Woher auch? **Japan und Deutschland sind neben Italien und Österreich nicht nur die vier Weltkriegsverlierer**, sie haben weltweit, genauso wie Italien und Österreich, die niedrigsten Geburtenraten weltweit, die höchste Überalterung. Ganz im Gegensatz zu den ehemaligen Alliierten, den Siegermächten, dort liegen die Geburtenraten im Schnitt um 40 Prozent höher.

Kein Wunder, wenn die japanische Binnennachfrage leidet. Japan ist gleichzeitig auch das erste Land weltweit, welches bereits mit negativen Leitzinsen, ohne wirklichen Erfolg, arbeitet. Japan verschuldet sich beispielsweise für 10 Jahre und bekommt dafür von seinen Gläubigern noch Geld! Solche Konditionen sind natürlich kontraproduktiv für jede nachhaltige Haushaltspolitik. Die Situation in Japan wirkt natürlich auch auf unsere europäischen Politiker sehr verführerisch, wenn sie sehen, wie sich Japan, trotz der Verschuldungsquote in Höhe von inzwischen 250 Prozent, finanzieren kann. **Seit fast 20 Jahren liegen die Zinsen in Japan nahe der Nullgrenze. Was hat es gebracht?** Die Wirtschaft hat sich nicht erholt und die Politiker haben die reduzierten Zinssätze nicht zur Schuldentilgung genutzt. **Ganz im Gegenteil! In den vergangenen 20 Jahren stieg das Schuldenniveau von unter 100 auf 250 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Irgendwann wird der weltweite Schuldenturm außer Kontrolle geraten.**

Unternehmen können sich in der Regel bis zu einem Faktor 3 finanzieren, was bedeutet, dass die Unternehmensschulden dreimal so hoch sein können wie die Einnahmen des Unternehmens. Im Vergleich dazu kommt die japanische Staatsverschuldung auf den Faktor 7, Griechenland kommt auf einen Faktor 4 und der Faktor der USA liegt bei 3. Staaten können, im Gegensatz zu Unternehmen, bis zu einem gewissen Grad ihre Einnahmen durch ihre Steuersätze erhöhen.

Vor all diesen Hintergründen ist die Realitätsverweigerung der internationalen Notenbanken gravierend. Offensichtlich sind sie zu sehr berauscht von ihrem Erfolg bei der Stabilisierung der Finanzmärkte. Wobei von nachhaltiger Stabilisierung der Finanzmärkte keine Rede sein kann, **wenn man sich die vielen Anlageblasen ansieht, die die Notenbanken mit ihrer Politik geschaffen haben!** Die größte Blase ist die Anleiheblase, gefolgt von den

Aktien- und Immobilienblasen. **Sicher kann man die Blasen weiter aufpumpen, doch irgendwann werden sie platzen. Negative Leitzinsen werden die Anlageblasen vorerst weiter aufblähen.** Die abschließende Frage bleibt unbeantwortet: **Wer wird die Notenbanken retten, wenn erst einmal die Notenbanken selbst in Schieflage geraten, so wie einst die Privatbanken im Jahr 2008? Ja richtig, wie schon 2008 - das Volk, die Steuerzahler.** Allein in der Eurozone liegen über 6,5 Bill. Euro auf der hohen Kante, was naturgemäß Begehrlichkeiten weckt. **Wer Schulden abbauen will oder muss, der muss auf der Gegenseite zwangsläufig Vermögen abbauen, das sind die zwei Seiten ein und derselben Medaille.**

Wie weit ist der Schuldenabbau in Griechenland vorangeschritten? Trotz mehrerer Schuldenschnitte liegt die griechische Staatsverschuldung inzwischen bei knapp 200 Prozent. Auch die unbezahlten Steuern weisen für 2015 ein Plus von 14 Prozent aus. Damit fehlen dem griechischen Haushalt 86 Mrd. Euro Steuereinnahmen, von denen wohl nur noch etwa 10 Mrd. Euro eingetrieben werden können, denn die meisten Bürger und Firmen haben kein Geld um ihre Schulden zu begleichen. Darüber hinaus ist fast die Hälfte aller griechischen Steuerzahler (4,3 Mio. Bürger) im Zahlungsrückstand beim Finanzamt. **Zustände, die noch vor ein paar Jahren undenkbar waren! Nebenbei bemerkt, auch die Staatsverschuldung in Italien ist nicht besser geworden, sie liegt aktuell bei 132 Prozent.**

Am 23. Juni 2016 werden die Bürger des Vereinigten Königreiches über den Verbleib in der EU entscheiden. Aktuell wird das Risiko eines Ausstiegs mit einer Wahrscheinlichkeit von 45 Prozent taxiert. Grundsätzlich ist das Entgegenkommen von Brüssel gegenüber Großbritannien beschämend, wenn man ein Land mit finanziellen Anreizen zum Verbleib in der gemeinsamen Ehe bewegen muss. Ich persönlich kann die Briten jedoch verstehen, denn noch könnten sich die Briten unüberschaubarer Haftungsrisiken entziehen. Dass gerade eben diese Risiken weiter zunehmen, bestätigt beispielsweise der negative Ausblick von Standard & Poor's zum EFSM Rettungsfonds, da die Garantiegeber dieses Fonds, insbesondere Frankreich, in immer tiefere wirtschaftliche Probleme geraten.

Die uferlos scheinende Flüchtlingskrise in Europa dürfte das Unbehagen der Briten weiter anheizen. **Die interessante Frage wird sein, wie wird die Währung, das britische Pfund auf einen Exit reagieren?** Einige Volkswirte rechnen mit Bonitätsherabstufungen, Kapitalabflüssen und in diesem Zusammenhang mit einer Währungsabwertung. Im Falle eines Austritts rechnet der britische Industrieverband CPI in den kommenden vier Jahren mit Kosten in Höhe von 100 Milliarden Pfund. Dies entspräche rund 5 Prozent der jährlichen britischen Wirtschaftsleistung und würde 950.000 Jobs gefährden. Es kann aber auch ganz anders kommen.

Zu Großbritannien eine sehr interessante Betrachtung am Rande: Das britische Pfund wertete in der Finanzmarktkrise um etwa 30 Prozent ab, was einen signifikanten Wettbewerbsvorteil für die britische Industrie zur Folge hatte. Trotzdem entwickelten sich die britischen Exporte merklich schlechter als die in Spanien und Italien, die nicht von ähnlich starken Währungsabwertungen, aufgrund des Euros-Zwangskorsetts, profitieren konnten. Die Möglichkeit der Währungsabwertung, im Falle einer Rezession, wird von den Volkswirten, die der Währungsunion der Europäischen Union besonders gegenüberstehen, immer als ultimatives Mittel für die wirtschaftliche Erholung angepriesen. Insofern bedarf dieses

Argument einer erneuten kritischen Überprüfung. **Womöglich lag es ja auch nur an der schlechten, im Ausland unverkäuflichen englischen Produktpalette ;-)**

Bargeldabschaffung, Bargeldverbot – Wofür?

Die Zentralbanken sind ganz offensichtlich am Ende ihres Lateins angelangt, die exzessive Gelddruckerei zeigt nicht die erwünschte Wirkung. Deshalb ist die heutige Ausgangslage verheerender als bei Ausbruch der Finanzkrise 2008. Wohl deshalb wird auch das Bargeldverbot immer hartnäckiger diskutiert. Als vorgeschobener Grund wird vor allem Terror genannt. **Dabei ist unkontrollierte Zuwanderung, die man nur halbherzig unterbindet, unser einzig ernsthaftes Problem, wenn es um Terrorismus geht.** Ginge es nach dem Gesetz, würde nur die Person Asyl erhalten, die von einem Staat politisch verfolgt wird und nicht über ein sicheres Drittland einreist. **Gemäß dieser Gesetzgebung sind 2015 aber nur 0,7 Prozent der abschließend bearbeiteten Gesuche anerkannt worden. In 48 Prozent der Fälle wurden die Antragsteller pauschal und häufig ohne Beweis der Nationalität als Flüchtlinge akzeptiert.**

Bei der Bargeldabschaffung steht in Wahrheit die Enteignung der Bürger durch negative Zinsen im Fokus, denn Bargeldverbot bedeutet nichts anderes als den Zwang, Banken sein Geld zu überlassen. Ein angenehmer Nebeneffekt ist, ein Bargeldverbot würde einen Bankenrun unterbinden. **Schon 2013 hat der ehemalige US-Finanzminister Larry Summers auf einer Konferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) den Versuch unternommen das Bargeldverbot auf den Weg zu bringen, um der Bargeldflucht, verursacht durch Negativ-Zinsen, entgegenzutreten.** Beim Bargeldverbot geht es letztendlich im Wesentlichen um die Enteignung der Bürger und um umfassende Überwachungsmöglichkeiten des Staates.

Es ist schon irgendwie pervers zuerst die Märkte mit Geld zu fluten, um dann auf dieses Geld Negativzinsen zu erheben. Im Fall einer Zinswende würde das System kollabieren. Der Ausstieg aus der Politik des billigen Geldes wird damit immer schwieriger. Die Zentralbanken können zwar theoretisch die Zinsen immer weiter absenken bzw. die negativen Zinsen immer weiter erhöhen, was jedoch praktisch relativ schnell an seine Grenzen stoßen wird. **Irgendwann setzt nämlich die Flucht ins Bargeld ein. Genau deshalb verkauft man uns jetzt gerade eben, unter dem Mantel des Terrorismus, das Bargeldverbot, die Bargeldabschaffung.**

Ein volkswirtschaftlicher Bedeutungsverlust des Bargeldes ist bislang nicht erkennbar. Gemäß dem aktuellen Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank haben die nationalen Zentralbanken im Euro-Währungsgebiet 1.109 Mrd. Euro an Bargeld in den Umlauf gebracht. Noch immer werden etwa 79 Prozent aller Transaktionen am Verkaufsort mit Bargeld abgewickelt. Bargeld schützt bei der Abwicklung von Transaktionen die Privatsphäre der Verbraucher und erlaubt es Ihnen, ihr Recht auf informationelle Selbstbestimmung auszuüben. **Schlussendlich ist ein Ausfall elektronischer Zahlverfahren in Krisenfällen, beispielsweise bei technischen Störungen oder Naturkatastrophen, denkbar.**

Einen direkteren Angriff auf unsere Freiheit kann es kaum geben! Verlassen Sie sich nicht darauf, dass der Rechtsstaat sie im Ernstfall schützen wird. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass der Rechtsstaat irgendwann zum Unrechtsstaat wird. Es ist praktisch ausgeschlossen,

dass die Staaten aus ihrer Verschuldung heraus wachsen können. Ihre Ersparnisse und ihre Freiheiten sind so sehr bedroht wie die letzten 70 Jahre nicht mehr. **Deshalb lege ich Ihnen ans Herz sich der folgenden Petition gegen das Bargeldverbot anzuschließen:** <https://www.volkspetition.org/petitionen/bargeldverbot-stoppen>

Ausführliche Hintergrundinformationen finden Sie in Form eines YouTube-Beitrages von Professor Michael F. Vogt: <https://www.youtube.com/watch?v=PVKpMDgXjOc>

Sachwerte - Die Alternative?

Alles in allem eine Steilvorlage für Sachwerte, wenn da nicht die Politik wäre. Wenn man einmal von den Investments in Wohnimmobilien absieht und man nicht zu den institutionellen Investoren gehört, die Millionen Euro investieren können (müssen), **dann ist einem der Zugang für Sachwerte außerhalb der Wohnimmobilien regelrecht versperrt. Das ist besonders pikant, wenn man bedenkt, dass seit 2010 die Häuserpreise um etwa 30 Prozent stärker gestiegen sind als die Mieten und auch die verfügbaren Einkommen, was nicht gesund ist und deshalb auf eine Immobilienblase hinweist. In Europa werden Eigentumswohnungen in der Spitze für 19.000 Euro je m² gehandelt.** Die inflationsbereinigten deutschen Immobilienpreise liegen inzwischen 10 Prozent über dem langfristigen Durchschnittsniveau. Richtig prekär wird die Situation für Immobilienbesitzer dann, wenn die Zinsen für ihre Immobiliendarlehen steigen. Jeder Immobilienbesitzer, der seine Immobilie fremdfinanziert hat, **sollte für sich durchrechnen (lassen) wie hoch der Zinsanstieg in seinem Falle sein kann, ohne dass er finanziell in Bedrängnis gerät.**

Seit 2011 ist Deutschland ein Einwanderungsland. Deshalb geht die Allianz in ihrer aktuellen Studie davon aus, dass in Deutschland im Jahr 2045 etwa 85 Mio. Menschen leben werden - das wären etwa 5 Mio. Einwohner mehr als heute. **Gut für die Besitzer von Wohnimmobilien könnte man meinen, wenn man sich die Studie nicht genauer ansieht.** Den größten Wohnraummangel hat, laut der Allianz, Berlin mit 10.200 Wohnungen pro Jahr. 16.900 Wohnungen jährlich müssten in der Hauptstadt entstehen, um die Nachfrage zu decken. In München sind es sogar 20.700 Wohnungen. In den untersuchten 10 Regionen fehlen in den nächsten 15 Jahren insgesamt 940.000 Wohnungen. Bis 2045 könnte sich die Lage allerdings auch entspannen, wenn die Bautätigkeit nicht nachlässt. **Allerdings müssen bei dieser Betrachtung zwei handfeste Probleme ihre Berücksichtigung finden.**

Erstens, die Nachfrage konzentriert sich nur auf die Ballungszentren, die auch Arbeitsplätze in gleichem Umfang vorzuweisen haben. Das zweite Problem zeichnet sich schon heute ab: Der Wohnungsmarkt mit Wohnungen und Häusern, mit denen die Investoren, insbesondere die Vermieter auch Spaß haben, also Geld verdienen, ist bereits heute schon weitestgehend gesättigt. **Der Nachfrageüberhang konzentriert sich auf bezahlbaren Wohnraum, insbesondere auch für die Flüchtlinge. Die Lücke kann nur geschlossen werden, wenn der Wohnungsbau entsprechend bezuschusst wird und/oder Mietzuschüsse in entsprechendem Umfang gezahlt werden, was sich jedoch aus heutiger Sicht auf politischer Ebene nicht absehen lässt.** Es fehlt einfach das Geld für diese Größenordnungen, die einen kostendeckenden Wohnungsbau für Investoren und Eigentümer langfristig gewährleisten.

Im Zweifel werden Investoren und potentielle Immobilienbesitzer mit versprochenen Zuschüssen in die Falle gelockt, um den Wohnraummangel einzudämmen. Wie in den achtziger und neunziger Jahren geschehen, können sich die Investoren jedoch nicht auf die Zuschüsse vom Staat verlassen (siehe die sogenannten „Berlin-Darlehen“, deren Bezuschussung einfach mittendrin wegen Geldmangel der Stadt Berlin eingestellt wurde). Es bieten sich darüber hinaus noch weitere Folterwerkzeuge an, wie zum Beispiel Zwangsanleihen für Immobilienbesitzer und Mietpreispbremsen.

Unabhängig davon macht es immer Sinn über den Tellerrand zu schauen, denn die großen Preissteigerungen gibt es in der Regel nicht in Deutschland. So gab es im letzten Jahr die größten Preissteigerungen in Nordamerika, Australien, Asien und speziell in der Türkei, die mit ihrem Bevölkerungswachstum besticht. Oder man sieht sich in Deutschland spezielle Märkte wie Frankfurt an, dort werden seit Jahren knapp 40 Prozent des Umsatzes bei der Neuvermietung mit internationalen Mietern getätigt. Frankfurt am Main ist der erste Anlaufpunkt für internationale Mieter in Deutschland. Im Düsseldorfer Bankenviertel liegt der Anteil ausländischer Mieter sogar bei fast 70 Prozent. Etwa 61 Prozent aller Abschlüsse durch internationale Mieter haben einen Mietpreis, der über der gewichteten Durchschnittsmiete liegt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr auf dem europäischen Gewerbeimmobilienmarkt Immobilienwerte in Höhe von 258 Mrd. Euro verkauft, **ein Plus von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 2015 40 Zürich Spitzen**

Der Markt der Geschlossenen Fonds, mit denen man grundsätzlich in alle möglichen anderen Sachwerte (Immobilien und Mobilien aller Art, Infrastruktur, Logistik usw.) investieren kann, brachte es im Jahr 2015 auf ein Investitionsvolumen von 3,6 Mrd. Euro. Auch die Bundesbank hat erstmals Zahlen zu den geschlossenen Investmentvermögen veröffentlicht. Die Ertragsausschüttungen summierten sich zwischen September und Dezember 2015 auf über 2,5 Mrd. Euro, was etwa 2,5 Prozent des anfänglichen Eigenkapitals entspricht. Auf das Jahr hochgerechnet wären das 7,5 Prozent.

Allerdings blieben dabei die Privatanleger im Wesentlichen außen vor und dies hat triftige Gründe. Durch die Regulierung der Geschlossenen Fonds und mit Inkrafttreten des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB) zum 22. Juli 2013 haben sich die Struktur der Geschlossenen Fonds und deren Branche komplett verändert. Selbst die Bezeichnung hat sich per Gesetz verändert, man spricht jetzt von AIF's (Alternativen Investmentfonds). Durch diese Regulierung ist der graue Kapitalmarkt mehr als ausgetrocknet worden, man ist womöglich ganz bewusst über das Ziel hinaus geschossen, ganz im Sinne der institutionellen Investoren. Das Investitionsvolumen der AIF's teilen die Institutionellen im Wesentlichen unter sich auf. So hat beispielsweise eines der größten Emissionshäuser, die REAL I.S. AG im letzten Jahr 740 Mio. Euro Eigenkapital eingesammelt, allerdings nur 20 Mio. Euro auf der Ebene der privaten Anleger.

Die Ursache dafür liegt in der Regulierung selbst. Gemäß KAGB unterscheidet der Gesetzgeber zwischen professionellen, semiprofessionellen und privaten Anlegern bei Investments in AIF's. Die Regulierung der AIF's für private Anleger hat durch die umfassenden Auflagen zur Kostenexplosion auf der Anbieterseite geführt. Ursächlich dafür sind die Lizenzvergabe an das Emissionshaus, die Produktgestattung durch die BaFin und die laufenden Prüfungs-, Kontroll- und Genehmigungsverfahren. Allein die damit verbundenen

laufenden Kosten liegen bei etwa jährlich 500.000 Euro je Emissionshaus (Dabei ist noch nicht ein Sachwert eingekauft!). **Die Konsequenz für die Emissionshäuser ist deshalb nachvollziehbar, anstatt die privaten Anleger zu bedienen, werden die Sachwerte für die institutionellen, also für die professionellen und semiprofessionellen Investoren verpackt. Die Auflagen sind in diesen Fällen wesentlich einfacher und kostengünstiger zu erfüllen.**

Anlegerschutz schön und gut! Aber wenn dem Privatanleger vereinfacht ausgedrückt dann nur noch das Sparbuch, die Lebens- und Rentenversicherung, der Aktienmarkt und die Wohnimmobilie bleibt, dann hat das nichts mehr mit Anlegerschutz zu tun, wenn der Anleger im Ergebnis aus dem Kapitalmarkt regelrecht ausgesperrt wird. Wir werden auch in der Zukunft alles dafür tun, dass auch unsere privaten Anleger noch ein Stück vom Kuchen abbekommen. Abschließend zumindest ein statistischer Lichtblick: Die privaten Anleger konnten 2015, trotz der voll regulierten AIF's beim Anlagevolumen gegenüber dem Vorjahr um 24 % zulegen.

Aktien und Aktienmärkte

Die Aktienmärkte liegen im Durchschnitt seit Jahresbeginn zweistellig im negativen Bereich. Nur noch etwa 35 Prozent der Aktien bewegen sich oberhalb ihres langfristigen Durchschnitts. Die Mehrzahl der Aktien befindet sich damit klar im Abwärtstrend. Da helfen auch kurzfristig die Dividendenauszahlungen, die im Verhältnis zum Zinsniveau recht üppig ausfallen, nicht weiter. Die voraussichtliche Dividendenrendite für die DAX-Werte wird 2016 bei 3,3 Prozent liegen. Einige Einzelwerte schaffen es sogar auf über 5 Prozent. **Trotzdem macht es auch hier Sinn über den Tellerrand zu schauen. Die durchschnittliche Dividendenrendite in der restlichen Eurozone dürfte 2016 um über 20 Prozent höher ausfallen als in Deutschland. Außerhalb Europas sind die Dividendenrenditen noch höher.** Da die weltweiten Unterschiede teils erheblich sind, bieten sich hierfür global anlegende Aktienfonds, die ihren Fokus auf die Höhe und Nachhaltigkeit der Dividenden haben, alternativ hervorragend an. Für Fondslösungen spricht neuerdings auch, dass inzwischen eine deutliche Mehrheit der Fondsmanager ihren Vergleichsindex schlägt!

Die jüngsten ifo-Geschäftserwartungen und ZEW-Konjunkturerwartungen haben aktuell ihren Abwärtstrend der letzten Monate (vorübergehend?) beendet. Es gibt auch schon wieder Stimmen, die den DAX bis zum Jahresende bei 10.800 Punkten sehen. Der Volatilitätsindex sagt aktuell eine Schwankungsbreite beim DAX von 9.378 und 10.667 Punkten für die nächsten 30 Tage voraus. Aktuell liegt der DAX bei 9.998 Punkten. Wobei bei der Berechnung der zukünftigen Volatilität natürlich auch nur in den Rückspiegel geschaut wird, deshalb bleiben zukünftige, unvorhersehbare Ereignisse unberücksichtigt.

Seit 1988 lag der jährliche Kursgewinn beim DAX bei 5,89 Prozent zuzüglich einer durchschnittlichen Dividende von noch einmal 2,63 Prozent. Doch wie heißt es so schön, **traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.** Nehmen wir beispielsweise den Zeitraum zwischen 1955 und 1980, müssen wir feststellen, dass mit Aktien kein Geld zu verdienen war. Die durchschnittliche Dividende in Höhe von 2,63 Prozent fällt nüchtern betrachtet sogar recht mager aus, wenn man berücksichtigt, dass das Zinsniveau in dieser Zeit viel höher war und deshalb auch ganz andere Dividenden, im Gegensatz zu heute, gezahlt

werden mussten. **Alles in allem bieten sich Aktien jedoch nur für langfristig orientierte Anleger an, der Anlagehorizont sollte hier ebenfalls bei wenigstens 10 Jahren liegen, denn nur über die Anlagedauer lässt sich das aktienspezifische Anlagerisiko kompensieren.**

Seit Jahresbeginn befinden sich die weltweiten Börsen im Krisenmodus. Im Zentrum stehen dabei die Finanztitel, insbesondere die Banken. Bei der Vergabe der Bonitätsnoten gab es so viele Herabstufungen wie seit 2009 nicht mehr. **Einige Bankaktien sind um 40 Prozent und mehr eingebrochen. Auf der Verliererseite ist diesmal auch die Deutsche Bank vorn mit dabei, ihr Aktienkurs lag Anfang des Jahres auf dem Niveau von 1992. Das ist deutlich unter dem Niveau von 2008/2009. Moody's erwägt die Absenkung der Bonitätsstufe. Ganz offensichtlich verursacht etwas Größeres Probleme, wenn selbst der deutsche Finanzminister sich dazu veranlasst sieht Beruhigungstabletten zu verteilen.**

Weshalb befinden sich insbesondere die Bankaktien beinahe im freien Fall? Beispielsweise ist das Volumen der Derivate bei der Deutschen Bank ganz besonders groß. Durch den eingebauten Hebel bei Derivaten können sich Verluste im ungünstigen Fall schnell vervielfachen. Durch die Geldschwemme der Notenbanken ertrinken viele Staaten und Unternehmen förmlich in ihren Schulden. Die Geldflut hat darüber hinaus viele Blasen an den Renten-, Aktien- und Immobilienmärkten entstehen lassen, die zwangsläufig irgendwann platzen werden, was die Bilanzen der Banken weiter belasten wird.

Die letzte Finanzkrise im Jahr 2008 wurde durch die amerikanische Immobilienblase, die durch eine hemmungslose Ausgabe von Immobilienkrediten angefeuert wurde, verursacht. Aktuell ist eine extrem aggressive Kreditvergabe in der Autofinanzierung in den USA unverkennbar, welche nun durch eine Flut von Kreditausfällen begleitet wird. Hierunter leiden natürlich ganz besonders die finanzierenden Banken. Dabei sind die faulen Kredite aus der Finanzkrise 2008 immer noch nicht vollständig abgebaut, ganz im Gegenteil, der Anteil der faulen Kredite befindet sich stellenweise immer noch im zweistelligen Bereich.

Das Aktienrisiko wird aktuell durch die 70 bedeutendsten Staatsfonds, die etwa 11 Billionen Dollar Anlagevermögen auf sich vereinen, nicht unwesentlich erhöht. Mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens hängen am Ölpreis bzw. an Rohstoffen. So kommt z. B. **der größte Staatsfonds der Welt aus Norwegen**, mit einem Vermögen von 810 Mrd. Dollar, welches zu mehr als 50 Prozent in Aktien steckt. Ein Drittel davon ist in US-Aktien investiert, die größte Einzelaktie ist die Apple-Aktie, die im vergangenen Jahr mehr als 22 Prozent an Wert verloren hat. **Ein weiteres Schwergewicht ist der Staatsfonds in Saudi-Arabien.** 2015 türmte sich ein Haushaltsdefizit von knapp 100 Mrd. US-Dollar auf. Um die Verluste und die Löcher aus dem Öl und Rohstoffgeschäft zu stopfen, **findet man die Staatsfonds auf der Verkäuferseite wieder. Man rechnet damit, dass die Staatsfonds in 2016 etwa 400 Mrd. US-Dollar abziehen werden, was nicht ohne Folgen für die Aktienmärkte bleiben wird.**

Auch die Notenbanken haben teils massiv in die Aktienmärkte investiert, sie haben sich sozusagen Geld gedruckt und es anschließend in Aktien investiert. Was für ein Geschäftsmodell ... Die Bank von Japan z. B. besitzt fast 80 Mrd. Dollar an Aktien und Aktienfonds. Die Schweizerische Nationalbank fällt mit 559 Mrd. Schweizer Franken in Fremdwährungsreserven auf. Daneben haben sich die Schweizer Notenbanker ein Aktienportfolio von mehr als 100 Mrd. US-Dollar aufgebaut. **Viele andere Notenbanken**

haben inzwischen eine Aktienquote im zweistelligen Prozentbereich. Damit werden die Zentralbanken zunehmend anfällig auf Aktienverluste. Genau wie die Staatsfonds geraten sie zunehmend unter Druck und verkaufen, wenn sich die Aktienverluste erhöhen. Nach Schätzungen der Deutschen Bank könnten bis zum Jahresende 2016 die Zentralbanken ihre globalen Reserven um über 1,5 Billionen US-Dollar abschmelzen bzw. auf den Markt werfen. Da die Zentralbanken den meisten Teil ihrer Reserven in Schuldverschreibungen stecken haben, würden die Abflüsse bei den globalen Zentralbankreserven einen gigantischen Druck auf die globale Liquidität ausüben.

Anleihen & Anleihemärkte

Auch die Anleihemärkte geben ein sehr komplexes und sehr differenziertes Bild ab. Wer hätte vor kurzem noch gedacht, dass 10-jährige Staatsanleihen, so wie in Japan inzwischen geschehen, auch in den Bereich einer negativen Verzinsung fallen können? Anfang März 2016 wurde in Deutschland der erste Pfandbrief mit einem negativen Zins von 0,16 Prozent emittiert. Da inzwischen offen über das Bargeldverbot diskutiert wird, sind einer weiter ansteigenden negativen Verzinsung bis zu einem gewissen Grad offenbar kaum Grenzen gesetzt. Eben deshalb lässt sich, trotz negativer Verzinsung, mit Staatsanleihen bester Bonität noch Geld verdienen. Fallen die Zinsen weiter in den negativen Bereich, ist das mit Kursgewinnen verbunden, wenn der negative Zins weiter zunimmt. **Genau deshalb finden die aktuellen Zinspapiere, trotz negativer Verzinsung, reißenden Absatz. Der Markt geht von noch weiter fallenden Zinsen aus.**

Viele Anleihen aus den Schwellenländern sind deutlich unter die Räder gekommen. Auch die Zahl der Unternehmensanleihen, die aufgrund ihrer tendenziell schlechter werdenden Bonität herabgestuft werden, nimmt weiter zu. Deutsche Unternehmensanleihen, die sich noch einer guten Bonitätsbewertung erfreuen können, müssen für 10- bzw. 12-jährige Anleihe-Laufzeiten nur jährlich 1,5 Prozent Zinsen zahlen (aktuell bspw. zu sehen bei den Neuemissionen der Deutschen Telekom und bei Daimler).

Rohstoffwährungen & Rohstoffe

Ebenfalls nicht unberücksichtigt bleiben darf das Währungsrisiko bei den internationalen Papieren. Allein schon im Euro-US-Dollar Bereich gab es in der Vergangenheit Währungsschwankungen von über 50 Prozent! Eine derart hohe Volatilität bietet hohe Chancen und hohe Risiken.

In jüngster Zeit sind die Rohstoffwährungen, ganz besonders der russische Rubel, unter die Räder gekommen. Hier bieten sich dann mehr Chancen als Risiken an, wenn die Rohstoffnachfrage wieder anspringt. Die Rohstoffpreise sind je nach Segment teils deutlich mehr als 50 Prozent gefallen. **Das Gute daran ist, ein weiterer Preisverfall ist naturbedingt begrenzt. Es zeichnet sich bereits in Teilen eine nachhaltige Bodenbildung ab. Seit Jahresbeginn sind fast alle Rohstoffpreise, zum Teil sogar deutlich, gestiegen, egal ob Industriemetalle, Edelmetalle oder Energie.** Der Ölpreis lag Anfang Februar bei 26,14 US-Dollar, ein Zwölfjahrestief, inzwischen hat er sich auf 41,75 USD-Dollar erholt. Auch die typischen Rohstoffwährungen haben zugelegt. Selbst der krisengeschüttelte russische Rubel

konnte sich dem Aufwärtstrend der Rohstoffwährungen nicht entziehen. Aufgrund der ungelösten Probleme der Eurozone und der damit verbundenen Risiken macht es Sinn, wenn ich alles was man neben dem Euro auch in andere Währungen investiert. **Hierzu bieten sich neben Fremdwährungen natürlich auch bestens Fremdwährungsanleihen an, die man idealerweise über Fonds in einem breit diversifizierten Korb kauft.**

Edelmetalle

Gold tendiert im Krisenfall nach oben, nicht zuletzt deshalb ist der Goldpreis seit Jahresbeginn um etwa 17 Prozent gestiegen. Damit ist Gold so wertvoll wie zuletzt im Februar 2015. Silber legte um 15 Prozent zu. Historisch gesehen konnte man mit Gold in etwa die Kaufkraft erhalten. Unser instabiles Finanzsystem spricht so oder so für Investments in Gold und andere Edelmetalle. **Die Zentralbanken sind weltweit im Gelddruckrausch.** Es ist nicht auszuschließen, dass das Papiergeld irgendwann zu seinem inneren Wert zurückkehrt. **Vor diesem Risiko schützen Sachwerte, genauso Gold oder Silber. Aufgrund der aktuellen negativen Zinsentwicklung sehen wir uns zurzeit eher mit dem Deflationsszenario konfrontiert. Auch in diesem Falle wäre man mit Gold gut bedient, denn Gold kann nicht pleitegehen.** Ganz im Gegenteil, je mehr Sparer um ihre Ersparnisse fürchten, desto mehr Anleger werden auch in Gold und andere Edelmetalle flüchten, was deren Preise natürlich nach oben treibt.

Der Vorteil von Gold und Silber liegt in seiner Mobilität, es ist fungibel, es ist jederzeit handelbar, wenn die Tranchen nicht zu groß sind. Mit der Immobilie im Krisenfall auf Einkaufstour zu gehen, ist aufgrund ihrer Immobilität so gut wie ausgeschlossen, zumal Sie im Zweifel im Gegenzug womöglich nur „wertloses“ Papiergeld bekommen. Nicht ausgeschlossen werden kann neben dem Bargeldverbot auch ein Goldverbot. Das ist in der Geschichte bereits vorgekommen. Genauso, wie es in der Vergangenheit auch schon Zwangsanleihen für Immobilienbesitzer gab, die Grundsteuern immer weiter angehoben wurden oder die Eigentümer mit Mietpreispbremsen schachmatt gesetzt wurden.

Die Alternativen am Kapitalmarkt

Alle Anleger suchen wegen der niedrigen realen Renditen nach Alternativen. Risikolose Anlagen bieten keine Erträge, mit ihnen sind nominelle Verluste verbunden. Aktien erzielen Erträge, unterliegen aber hohen Risiken und bieten wenig Stabilität. Bei gleichlaufenden Anlageklassen greift die Risikostreuung nicht. Wie ist eine attraktive und stabile Wertentwicklung noch zu erzielen? Wie ist mit dem Zinsänderungsrisiko und damit verbundenen Kursverlusten umzugehen? Wie verhalten sich die Ausfallwahrscheinlichkeiten im Verhältnis zur Laufzeit und dem Rating? Wie kann das Risiko reduziert werden? Wie ist mit den zunehmenden Volatilitäten (Wertschwankungen) umzugehen? Wie muss heute eine breit diversifizierte Vermögensstruktur aussehen?

Die Renditeanforderungen sind auch 2015 weiter gesunken und werden auch 2016 weiter sinken. Damit hat sich an der Situation nichts geändert. **Eine hohe Nachfrage nach guten Anlageprodukten stößt auch 2016 auf ein zu geringes Angebot. Im Rückspiegel betrachtet müssen wir feststellen, dass viele hässliche Frösche sich zu Froschkönigen entwickelt haben.**

Viele wären froh, wenn sie die, aus damaliger Sicht hässlichen Partien, nicht von der Bettkante gestoßen hätten. Das Renditeniveau, das noch vor ein paar Jahren als absolut unattraktiv galt, ist heute begehrtter denn je. Mitunter stoßen wir noch für unsere Anleger auf solche konservierten, äußerst attraktiv gewordenen Renditen. Fragen Sie uns nach solchen Anlagen mit dem Stichwort „Konservierte Renditen“, hin und wieder finden wir noch Investments, die in diese Kategorie fallen.

Eine höhere Verzinsung ist im internationalen Umfeld noch möglich, wenn man seine Möglichkeiten weltweit auslotet. Gerade auch bei den Sachwerten gibt es mitunter immer noch sehr üppige Risikoprämien gegenüber den Staatsanleihen, trotz der historisch niedrigen Renditen. Der hierbei notwendige Auswahlprozess liegt in der Verantwortung bei einer der ältesten unabhängigen und erfahrensten, weltweit tätigen Investmentgesellschaften, die wir für unsere Anleger gewinnen konnten. Ein funktionierendes Risikomanagement ist entscheidend für den langfristigen Erfolg. Deshalb haben wir uns für den weltweit größten Vermögensverwalter entschieden, der in der Branche mit dem umfassendsten Risikomanagementsystem brilliert.

Das reale Nettovermögen der Privathaushalte ist in den letzten 10 Jahren nominal um 0,4 und real sogar um 15 Prozent geschrumpft. Das Anlageverhalten der Deutschen trägt zu den realen Vermögensverlusten bei: Der Markt sind alle Anleger, Private und Institutionelle. Wenn die privaten Anleger mit ihrem Ergebnis 80 Prozent unter dem Marktdurchschnitt liegen, dann liegen 80 Prozent der institutionellen Anleger über dem Markt. 70 Prozent der privaten Anlegerentscheidungen erfolgen emotional und somit nicht sachbezogen. Im Ergebnis verschenken private Anleger dadurch im Durchschnitt 4 Prozent Rendite pro Jahr im Verhältnis zum Deutschen Aktienindex. Häufig ist auch ein Vergleich des Ist-Risikos mit dem Wunsch-Risiko sehr aussagekräftig. Die privaten Anleger gehen häufig unbewusst Risiken ein, die sie eigentlich nicht eingehen wollen.

Beim üblichen Risikomanagement berücksichtigt man nur die verfügbaren Informationen, man berücksichtigt nicht die Systemfehler, die Animal Spirits: Die menschliche Psyche, die kollektive Irrationalität, den irrationalen Überschwang, die irrationalen Ängste und Emotionen der Marktteilnehmer. Man blendet damit alles aus, was man nicht weiß. Dieses Risikomanagement ermöglicht immer wieder Finanzkrisen und erhebliche Vermögensverluste, wenn es wieder einmal anders kommt, als man denkt. Wir wissen, dass unser Nichtwissen, bedeutungsvoller sein kann, als unser Wissen. Wir berücksichtigen die Animal Spirits. Wir berücksichtigen auch die versteckten Risiken. Wir kalkulieren die unvorhersehbaren Ereignisse mit ein.

Sprengstoffattentäter und erfolgreiche Anleger?

Was nutzt uns der persönliche Anlageerfolg, wenn unsere Freude nicht von Dauer war, da unser Leben, womöglich auch das Leben unserer Familie, durch einen Sprengstoffanschlag ein unschönes und plötzliches Ende fand?

Präsident Obama will die Verantwortlichen der Terroranschläge zur Rechenschaft ziehen. Ich befürchte, das hat der Friedensnobelpreisträger wieder nicht ernst gemeint, denn dann

müsste er auch mit seiner Außenpolitik ins Gericht gehen, die die Mutter aller Ursachen ist. Wie blind sind eigentlich unsere europäischen Politiker in diesem Zusammenhang, die den Amerikanern, wie kleine Kinder, immer alles nachplappern müssen? **So wie wir Fußball-Weltmeister sind, sind wir auch fast Weltmeister beim Waffenexport in die Krisengebiete, aus denen die Flüchtlinge und die Attentäter kommen.** Die Problematik hat, wie schon in der Vergangenheit, keine Auswirkungen auf die Finanzmärkte, denn die Finanzmärkte befinden sich seit 2008 im Krisenmodus und sind deshalb, **wie so viele Menschen auch, desensibilisiert, ihnen ist das Problembewusstsein abhandengekommen.**

Politik und Medien streuen uns Sand in die Augen, indem sie unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Symptome lenken. Wir können Sprengstoffanschläge, wie sie jetzt auch vermehrt in Europa anzutreffen sind, nur dann nachhaltig unterbinden, **wenn wir uns mit den Ursachen und mit den Motiven der Selbstmordattentäter auseinandersetzen und diese gefälligst unterbinden!** Wir müssen die Ursachen beim Namen nennen und sie bekämpfen. **Nur so können wir nachhaltig den Terrorismus auslöschen. Zur Ursachenanalyse schauen wir uns Libyen an, das durch die NATO vom Diktator Gaddafi befreit wurde.**

Die NATO hat uns vom Diktator Gaddafi befreit. **Unsere Politiker und unsere Medien berichteten uns vorher monatelang vom abscheulichen Diktator Gaddafi, der laut Amnesty International die Menschenrechte in seinem Land mit Füßen tritt, um so die Ermordung Gaddafis und den Luftkrieg gegen Libyen zu rechtfertigen. Jetzt die Gegenfrage: Wieso sollte Gaddafi vor den Vereinten Nationen für seine Verdienste für die Menschenrechte geehrt werden? Die Antwort:** Libyen war eines der am weitesten entwickelten Länder in Afrika. Libyen hatte bis zu seiner totalen Zerstörung im Jahr 2011 eine Goldwährung, besaß riesige Öl- und Gasvorkommen und hat einen gigantischen Trinkwasserschatz. Gaddafi startete das weltweit größte Trinkwasserprojekt für eine bessere Wasserversorgung von Bevölkerung und Landwirtschaft. Es gibt im Süden Libyens vier große Trinkwasser-Reservoirs, deren Wert auf mehrere Billionen Euro geschätzt wird. Es gab in Libyen keine Zinsen auf Kredite. Der Strom war kostenlos. Alle Frischvermählten erhielten umgerechnet 45.000 Euro als Startgeld für den Aufbau einer eigenen Familie. Bildung und medizinische Betreuung waren ebenfalls kostenlos. Vor Gaddafis Zeit lag die Analphabeten-Quote bei 75 Prozent. 2011 konnten nur noch 17 Prozent nicht lesen und schreiben. Ein Teil der Erlöse aus dem Öl-Verkauf wurde direkt auf den Konten der libyschen Bevölkerung gutgeschrieben.

Nun aber wurde Libyen, wie schon zuvor der Irak, ins totale Elend und ins totale Chaos gestürzt. Libyen ist zu einer weiteren Brutstätte für Terroristen geworden. Aus diesen Krisengebieten treffen wir nun immer häufiger - nun auch in Europa - Selbstmordattentäter mit Sprengstoffgürteln an. Wir müssen feststellen, dass wir uns viel intensiver mit der Ursache und der Wirkung auseinandersetzen müssen, anstatt uns nur auf die Symptome einzulassen, wenn wir unser aller Leben schützen wollen.

Wir müssen die von Politik und Medien geschaffenen Feindbilder infrage stellen. Wir müssen uns aktiv gegen jegliche Art von Kriegspropaganda stellen, denn die Kriegspropagandisten würden nie ihre eigenen Kinder in den von ihnen angezettelten Krieg schicken. In der Regel stehen hinter den produzierten Feindbildern nur geschäftliche Interessen, die mittels Gewalt durchgesetzt werden sollen.

Da wir jedoch nie ganz sicher sein können wer oder was dahinter steckt, bleibt uns nichts anderes übrig als uns ausgewogen zu informieren. Aufgrund der mitunter tendenziösen Berichterstattung der Mainstream-Medien müssen wir uns nach Alternativen umsehen, **wir müssen auch den Standpunkt der Gegenseite kennen, um uns ein möglichst unabhängiges Bild von der Lage zu verschaffen. Hier nun einige alternative Medien, die zwar auch nicht immer die Wahrheit kennen, jedoch im Gegensatz zu vielen anderen Medien, bestrebt sind, der Wahrheit möglichst nahe zu kommen:**

nachdenkseiten.de, kenfm.de, free21.org, wissensmanufaktur.net, klagemauer.tv, deutsch.rt.com, quer-denken.tv, anti-zensur.info und wikibu.ch zur Analyse von Beiträgen, die Sie von Wikipedia zur Verfügung gestellt bekommen. Sie müssen wissen, dass gerade politische Themen bei Wikipedia grundsätzlich der Manipulation unterliegen. Für weitere Hintergrundinformationen stehe ich Ihnen auch hierfür gern zur Verfügung.

ARD-Doku: Was von Kriegen übrig bleibt

<https://www.youtube.com/watch?v=3bfOa51pHP8&feature=youtu.be>

Über 200 Jahre - Der Terrorismus des Westens

<https://www.youtube.com/watch?v=FQzXSdH0-ds>

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie und allen anderen Mitmenschen auf der Welt Frieden, Gesundheit und mehr Toleranz.

Lassen Sie uns gemeinsam über Ihre möglichen Anlagealternativen nachdenken. Sprechen Sie uns an, wir helfen Ihnen gern.

Ostern, 2016

Heiko Kolodzik

*Dipl.-Betriebswirt
Stiftungsberater (EBS)
Stiftungsmanager (EBS)
Testamentsvollstrecker (EBS)*